Nr. 45 | 2022

Wir

Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

GESCHICHTE

Der Lebensweg von Hilde Adolf »18

WELT

Bildungsrecht für Mädchen in Niger »22

GESELLSCHAFT

Was tun gegen die Einsamkeit im Alter? »24

EDITORIAL

KRIEG!

Es ist Krieg. In Afrika in Äthiopien und im Sudan, in Asien im Jemen und Syrien, in Asien in Myanmar, in Amerika in Kolumbien, in Europa in der Ukraine. Allein für 2020 bilanzierte die Hamburger Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) über 29 kriegerische Konflikte mit hunderttausenden Toten, Verstümmelten, Geflüchteten. Dabei berührt uns der Krieg in der Ukraine schon allein aufgrund der räumlichen Nähe besonders. Die WIR nimmt dazu Stellung.

Die nicht absehbaren Entwicklungen zeigen hier besonders, wie wenig aktuell die WIR sein kann – vom Schreiben der Artikel bis zum Erscheinen der Zeitung vergehen sechs Wochen.
So hoffen WIR diesmal mit euch gemeinsam, dass – wenn diese Zeitung gedruckt ist – unsere Artikel zum Ukrainekrieg überholt sind, weil dort (zumindest!) Waffenstillstand herrscht.

Eure WIR-Redaktion

INHALT

03 **„Jeder Krieg ist ein Verbrechen“**
Wolfgang Bielenberg

06 **Was für eine verworrene Gemengenlage**
Marita Froese-Sarimun

08 *Interview*
Große Veränderung in der Arbeitswelt!
Marlene Henrici | Bernd Krause

10 **Prekäres Leben – wenn Sorgen den Alltag überschatten**
Traudel Kassel

11 **Fassungslos!**
Cornelia Förster-Bonomo

13 **Schöne Verpackung, der Inhalt enttäuscht**
Marlene Henrici

14 **Union Busting**
Bernd Krause

15 **Vergelt‘s Gott!**
Reiner Meissner

16 **Du musst dran glauben**
Wolfgang Schröder

18 **Hilde Adolf – Pragmatikerin mit Humor**
Marlene Henrici

20 **Wasser – was kostet es und wie kann man damit Geld verdienen?**
Udo Hannemann

22 **Wenn der Schulweg für Mädchen immer länger wird**
Manfred Weule

24 **„Allein – machen sie dich ein“**
Wolfgang Bielenberg

26 *Kurz & Knapp*
Gesucht!

27 **Gratulation & Impressum**

28 *Veranstaltungen*
Demo und Kundgebung am 1. Mai 2022

„Jeder Krieg ist ein Verbrechen“

- Kurt Tucholsky -

Wolfgang Bielenberg

Krieg in der Ukraine
Russische Truppen überschreiten am 24. Februar die Ukrainischen Grenzen und dringen tief in das Land ein. Es kommt zu Gefechten. Menschen – Soldaten wie Zivilisten, Männer, Frauen, Kinder – sterben. Militärische Infrastruktur, Wohnhäuser, öffentliche Einrichtungen werden zerstört. Hunderttausende flüchten. Wie so oft in kriegerischen Auseinandersetzungen widersprechen sich die Meldungen und lassen sich nicht überprüfen.

Weltweit gehen Menschen auf die Straße und fordern umgehende humanitäre Hilfe, sofortige Verhandlungen und einen Waffenstillstand sowie den Rückzug der russischen Truppen.

Mit dem Einmarsch bricht Russland mit dem Völkerrecht und den Grundsätzen der UN-Charta. Keine der angegebenen Begründungen und Ziele rechtfertigen den Überfall.

Eine militärische Lösung – wenn sie überhaupt denkbar ist – schafft neues Unrecht. Es kann nur den Verhandlungsweg unter Berücksichtigung aller Interessen geben. Dazu gehören sowohl das Interesse der Ukraine an einer staatlichen Autonomie mit gesicherten Grenzen als auch die Sicherheitsinteressen Russlands, das sich seit 1999 der NATO-Ost-Erweiterung gegenübersieht. (Innerhalb von 12 Jahren hat sich die Anzahl der NATO-Mitgliedstaaten von an Russland grenzenden Staaten mehr als verdoppelt. Das erklärte Feindbild der NATO ist Russland.)

Wie sich der Konflikt nun weiterentwickeln wird, ist zurzeit total unklar. Die Kampfhandlungen weiten sich aus, die NATO verstärkt ihre Truppen in den östlichen Mitgliedstaaten – auf der anderen Seite kommt es zu ersten Verhandlungen zwischen den Konfliktparteien.

Verhandeln statt Aufrüsten!

Oberstes Ziel aller diplomatischen Bemühungen muss die Beendigung des Krieges sein. Inwieweit die von der Bundesregierung beschlossenen finanzpolitischen, wirtschaftlichen und militärischen Maßnahmen dazu beitragen, mag in Frage gestellt werden. Sie zerstören zusätzlich Beziehungen zwischen den Völkern. Und treffen doch im Wesentlichen die Bevölkerung, und zwar nicht nur die in Russland.

Selbstverständlich braucht es die sofortige humanitäre Hilfe. Selbstverständlich bedarf es der Aufnahme der flüchtenden Menschen. Selbstverständlich sollte allerdings eine Deeskalationspolitik sein, die die Parteien unterstützt, zueinanderzukommen. Dazu gehört, einer weiteren Abgrenzung und Blockbildung entgegenzuwirken.

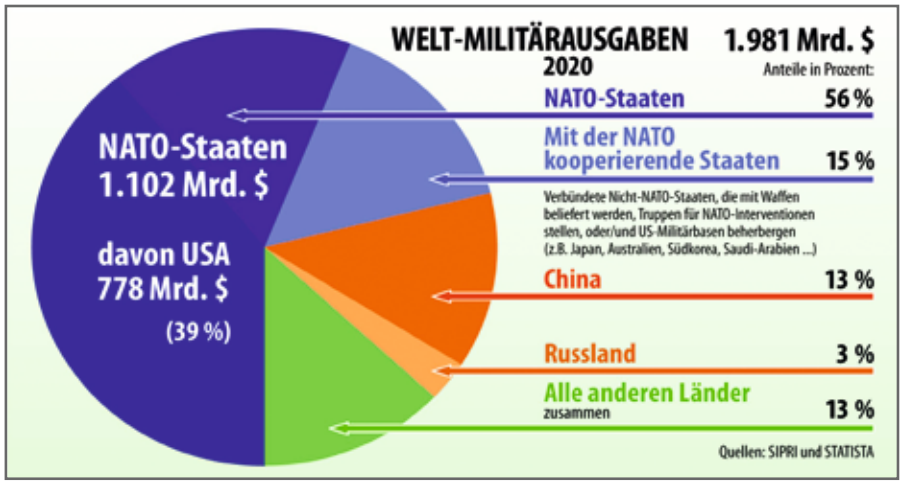
Die von Bundeskanzler Scholz angekündigte Aufrüstung tut das nicht!

- Die Abkehr vom Prinzip, keine Waffen in Krisengebiete zu liefern,
- die von deutschen Parlamentariern mit stehenden Ovationen (!) begrüßten zusätzlichen 100.000.000.000 Euro *(in Worten: einhundert Milliarden Euro – das ist mal eben das Doppelte des aktuellen jährlichen Rüstungsetats),*
- die Absicht der Erhöhung des Rüstungsetats – und zwar um mehr als die von USA und NATO geforderten 2 % der Wirtschaftsleistung,

kein einziger Cent dieser Maßnahmen hilft, die Ukrainekrise oder andere Auseinandersetzungen zu stoppen. Dagegen wächst die Gefahr, die dann erworbenen Waffen auch anzuwenden. Und diese Maßnahmen gehen zu Lasten anderer Haushalte.

Geld wird an anderen Stellen dringend gebraucht!
Die sich anbahnende Klimakatastrophe erfordert Investitionen in der Energiepolitik, weg von Kohle, Öl und Gas, unter Ausschluss der Rückkehr zur Kernspaltung.

Schon jetzt werden Teile unserer Erde unbewohnbar, leiden Millionen Menschen an Wasser- und Lebensmittelknappheit.



Quelle: sicherheitskonferenz.de

Neben den bestehenden kriegerischen Auseinandersetzungen wird dies zu weiteren Konflikten führen, und letztlich dazu, dass Menschen auf der Flucht entweder im Mittelmeer (oder anderen Gewässern) ertrinken oder durch hohe Zäune an einer Zuwanderung gehindert werden. Und nicht zuletzt haben selbst wir in einem reichen Land eine Zunahme der gesellschaftlichen Spaltung, die Zunahme von Armut.

Begleitet wird die größte Aufrüstung in der Geschichte seit dem zweiten Weltkrieg von einem medialen Bombardement, dem man sich kaum entziehen kann. Dabei wird mit zweierlei Maß gemessen. Wie Tucholsky schrieb:
*„**JEDER** Krieg ist ein Verbrechen!“*

Ein verletzter oder toter Mensch aus der Ukraine ist nicht weniger entsetzlich als ein Mensch aus dem Irak, Afghanistan, aus dem ehemaligen Jugoslawien oder aus anderen Ländern, in denen Krieg geführt wird oder wurde. Ein geflüchteter Mensch aus der Ukraine braucht die gleiche Hilfe wie Geflüchtete aus Syrien, wie Tausende Menschen, die im Mittelmeer kurz vor dem Ertrinken sind.

Heute werden Sanktionen mit dem Ziel der wirtschaftlichen Vernichtung Russlands zwingend notwendig, werden Sportler mit Behinderung ausgeschlossen, müssen sich in Deutschland lebende Russen eindeutig und unverzüglich von Putin distanzieren, um ihren Job zu behalten. Wieso wird erst heute einer „Zeitenwende“ das Wort geredet und nicht aus Anlass des – gleichfalls völkerrechtswidrigen – Irakkriegs vor 19 Jahren?

Wer den Krieg ernsthaft und nachhaltig zum Wohle der Menschheit ächten will, tut sich und diesem Ziel keinen Gefallen, wenn er die Reaktion auf vergleichbare Ereignisse vom Urheber/Aggressor abhängig macht und so radikal unterschiedlich behandelt.
Aufgabe der Friedensbewegung, der Gewerkschaften, von Verbänden und allen demokratischen Parteien muss es sein, auf diese Widersprüche hinzuweisen, für Frieden auf die Straße zu gehen und gegenüber einer „Neuorientierung“ der deutschen Politik zu mehr Rüstung und einer aggressiven Außenpolitik eindeutig Stellung zu beziehen. Auf Europa bezogen bedarf es einer Sicherheitspolitik unter Einschluss Russlands und der Ukraine.

„Die Wahrheit ist selten so oder so. Meistens ist sie so und so.“

Geraldine Chaplin

Quelle: Gerd Arntz „Krieg" – AGITPROP (Twitter)

WAS FÜR EINE VERWORRENE GEMENGELAGE

Marita Froese-Sarimun

10. Februar – 13. Februar

Ging es Ihnen auch so? Die brisante Entwicklung, der Aufbau von Drohkulissen von allen beteiligten Staaten ängstigte mich zunehmend und zeigte mir eines ganz deutlich auf, wie hilflos ich gegen diese heraufgeschworene Kriegsgefahr bin. Für den Zeitraum zwischen dem 10. Februar 2022 bis 24. Februar 2022 habe ich versucht anhand der täglichen Nachrichten zusammen zu fassen was sich in mir abspielte.

Anders kann ich das was seit Wochen zu mir dringt über Zeitungsartikel, Nachrichten und Kommentaren, nicht mehr einordnen. Siehe Überschrift! Bei dieser Fülle von Informationen konnte ich mir kein Bild von den Absichten oder Täuschungsmanöver der Politik in der Krise zwischen den USA, Russland, Ukraine, den „Separatisten“ mehr machen.

Ich habe sehr wohl verstanden, dass sich die EU um die Sicherheit ihrer Grenzen zum Osten, den baltischen Staaten und Polen sorgt – aber die EU dem Druck der USA als großen Player der NATO zur Osterweiterung nachgibt. Es besteht bei der Ukraine der Wunsch sich wirtschaftlich und politisch der Europäischen Union anzunähern. Die EU scheint nicht abgeneigt. Spannungsgeladen war leider seit Jahren die Nachbarschaft zu Russland und der vertraglich noch bestehende Waffenstillstand zur Ostukraine.

W. Putin hat sicher ein Interesse an einer wirtschaftlichen win-win-Situation mit der EU. Trotz starkem Druck der USA gegen die Gasleitung hat man sie fast fertigbekommen und statt Gas gegen Geld rückt ihm ein Wirtschaftsembargo auf den Pelz. Er wehrt sich gegen den nicht geschätzten demokratischen Aufbruch einiger ehemaliger Länder der Sowjetunion und das Vorrücken der Nato an die russischen Grenzen.

Was sagte gerade noch Boris Johnson, er sehe die Gefahr eines der größten Kriege in Europa nach 1945.

14. Februar – 20. Februar

Bis zu diesem Punkt konnte ich die Krise noch mit Beschuldigungen, offensichtlichen Lügen und Dementierungen nachvollziehen. Das war schlicht nur Weltpolitik. Die Diplomatie lief auf Hochtouren und jede/r der es schaffte vor eine Kamera der Medien zu kommen gab ein Statement ab.

Inzwischen werden gegenseitig Vorwürfe zu kämpferischen Handlungen gemacht. Teile der Bevölkerung in der Ostukraine werden nach dem in der ARD vorgeführtem Bildmaterial evakuiert, Schützengräben, Ruinen im Gebiet Donezk und Soldaten gezeigt.

Natürlich kann filmtechnisch viel gestaltet werden und ich weiß nicht wer die Videos aufgenommen hat, da ist mein Misstrauen geweckt. Aber, emotional berühren mich Filmsequenzen in denen Kinder mit ihren kleinen lustigen Ruck-

säcken in Bussen und Bahnen gesetzt und in Sicherheit gebracht werden sollen. Tags darauf werden neu errichtete Lager abseits der erwarteten Kampfgebiete für die Inhaber russischer Pässe vorgestellt. Angeblich soll das tägliche Scharmützel in der Ostukraine durch den Einmarsch russischer Verbände befriedet werden?

In Reden der amerikanischen Politiker wurde uns wöchentlich der Einmarsch russischer Truppen, auf den Tag genau, für die Ukraine vorhergesagt. Mit Satellitenbildern und Einschätzungen der Geheimdienste hinterlegt. Die Ukraine ruft nach Waffenlieferungen auf, möglichst von prominenter Seite und warnt vor dem nächsten Zugriff Putins auf die Baltischen Staaten. Das schürt die Angst der Länder und bringt eines auf den Plan, den Kauf und Verkauf von Waffen. Eine riesige Militärbewegung schockt uns Europäer. Sind die Budgets bei allen streitenden Parteien so groß, dass man sich unsägliches Säbelgerassel leisten kann?

Die Wächter des Weltfriedens kamen zusammen und nach meinem Empfinden werden von den Sprecherinnen und Sprechern recht emotionslos Schuldzuweisungen und Zurückweisungen vorgetragen. Verbal wird mal ausgeholt und jemand zum Teufel gejagt. Ich frage mich seit Jahren, warum die UN sich nicht zu deutlichen Konsequenzen gegen Aggressoren durchringen kann. Welchen Wert hat eine UN-Resolution in der Realität und nicht nach den Statuten? Ich gehöre zu der Generation der beigebracht wurde, dass der UN-Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für den Weltfrieden trägt.

21. Februar – 24. Februar

Falls Sie wie ich die einstündige Putin Rede im Fernsehen verfolgt haben, waren Sie nicht auch fassungslos über seinen Anspruch, Kinder, Frauen und Ältere schützen zu wollen und zwei Atemzüge später stellte er die Erreichbarkeit von Atomsprengkörpern auf Moskau dar. Seine Aufgabe sei der Schutz Russlands. Schließlich hätte auch die Ukraine verfügbares Wissen über den Bau von atomaren Waffen. Das war mir neu aber kann ich jedes gesagte Wort als Lüge dahinstellen, ohne so langsam psychotisch zu werden?

Heute Morgen wurde ich mit den Nachrichten geweckt, dass russische Truppen mit der gestrigen Kriegerklärung vom 23. Februar in Bewegung gesetzt wurden. Die Ostukraine hätte eine russische Unterstützung gefordert. Dieser wochenlange Trommelwirbel artet nun aus. Gewöhnen kann ich mich an diesen Gedanken nicht. Muss ich jetzt Vorräte wie Nudel und Batterien einkaufen?

Ein Spruch meiner Großmutter fiel mir noch ein, wenn wir als Kinder in Streit gerieten und es zu ersten Püffen kam: „Den Kinners juckt dat Fell, dat geiht jem to goot“. Ich will nicht die Kommentatoren hören die sich jetzt für einen harten Kurs/eine militärische Auseinandersetzung stark machen, weil ihnen das Fell juckt. Es ist schwer sich nicht davon beeinflussen lassen, genau wie viele Millionen anderer Europäer:innen habe ich schlicht und einfach nur noch Angst.

Gedanklich will ich das nicht akzeptieren und hilflos abwarten was als nächstes passiert und schreckliche Kriegsbilder in den Nachrichten ansehen. Meine Hoffnung möchte ich behalten und auf die Geschicke der Diplomatie setzten. Und die Kraft der Finanzmittel.

Marlene Henrici | Bernd Krause

GROSSE VERÄNDERUNG IN DER ARBEITSWELT!

INTERVIEW

» WIR:
Guten Tag Ernesto.
Du bist seit Januar diesen Jahres DGB Vorsitzender für die Region Bremen-Elbe-Weser. Zuerst einmal unseren herzlichen Glückwunsch dazu. Die WIR Redaktion und sicher unsere Leser:innen würden dich gerne näher kennen lernen. Wir freuen uns, dass du zu einem kurzen Interview bereit bist. Welche Motivation hattest du, deine neue Aufgabe anzunehmen?

» Ernesto Harder:
Als gewählter Regionsgeschäftsführer Bremen-Elbe-Weser habe ich gleichzeitig die Landesleitung des DGB Bremen. Als IG-Metall Sekretär war ich viel in Betrieben unterwegs und habe dort den schnellen technischen Wandel mitbekommen. Dieser Wandel wird die Arbeit komplett verändern. In meiner neuen Rolle habe ich jetzt eine direkte Verbindung in die Politik und kann so direkt die Anliegen aus den Betrieben in die politischen Gremien tragen.

» ***Welche Prioritäten setzt du für deine Arbeit?***

» Die Transformation, also die Technologie-, Mobilitäts- und Energie-Wende, ist sehr rasant. Veränderungen der Arbeit gab es schon immer. Nur das Tempo der Umstellung ist neu. Interessenvertretungen müssen dafür fit gemacht werden. Dabei will ich beratend tätig sein. Da diese Veränderung alle Arbeitsbereiche betrifft, bin ich mit allen im DGB vertretenden Gewerkschaften ständig im Austausch.
Die Bedürfnisse sind sehr unterschiedlich, deshalb ist es wichtig, dass die Beschäftigten auf diesem Weg mitgenommen werden. Auf diese Weise wollen wir zum Beispiel auch Wahlprüfsteine für die nächste Wahl 2023 in Bremen entwickeln.

» ***Seit Jahren verlieren Gewerkschaften Mitglieder. Welche Gründe sprechen aus deiner Sicht dafür? Was können wir anders machen, um auch junge Leute für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen?***

» Momentan verlieren alle gesellschaftlichen Institutionen wie Parteien, Vereine und Glaubensgemeinschaften Mitglieder. Der Wert der Solidarität muss wieder neu vermittelt werden.
Auch Corona bedingt findet eine Enthumanisierung statt. In Bremen sind aber die Gewerkschaften mit ihrer Jugend mit die stärksten Organisationen.

» ***Wie siehst du die Rolle der Gewerkschaften in Beziehung zur Bildung, insbesondere der politischen Bildung?***

» Wir müssen ein Sprachrohr sein, unter anderem für die Jugend, sowohl politisch wie auch kulturell.

Als Vorsitzender von Arbeit und Leben will ich die Bildungsinteressen aller, aber vor allem der Jugendlichen und Beschäftigten berücksichtigen. Das Thema Transformation ist auch an dieser Stelle ein Thema. Bei der politischen Bildung wird schon viel angeboten. Wir müssen das nur mehr sichtbar machen. Tue Gutes und rede drüber.

» ***Im Jahr 2004 gab es in Berlin eine große Demonstration gegen den Sozialabbau. Aus Bremen fuhren 60 Busse in die Hauptstadt. Insgesamt nahmen 250.000 Menschen an der Aktion teil. Die Ungerechtigkeiten haben aber zu- statt abgenommen. Die Gewerkschaften schweigen zwar nicht zu der Situation, der Widerspruch wird aber in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen. Wie kann es gelingen, den Gewerkschaften mehr Gewicht in der öffentlichen Darstellung ihrer Positionen zu geben?***

» Diese Frage beschäftigt mich sehr. Langzeitarbeitslosigkeit, insbesondere alleinerziehender Mütter, die arbeitslos bleiben und Jugendliche ohne Abschluss, die arbeitslos bleiben. Da muss nach den Ursachen gefragt werden, um einen Ansatz zu finden: sei es mehr Ganztagsangebote in der Kinderbetreuung oder die Verbesserung des Übergangs von Schule zu Ausbildung. Da müssen wir in Bremen nicht bei Null anfangen – es gibt schon viele Hilfsangebote. Aber es kommen neue Probleme hinzu: die Inflationsrate, die steigenden Energiekosten, die Mobilitätswende weg von den fossilen Brennstoffen etc. All das sind Themen, die uns zu Forderungen an die Politik anhalten. Diese Fragen sollen ebenfalls in die vorhin schon erwähnten Wahlprüfsteine aufgenommen werden.

Foto: DGB

» ***1984 gab es in der Metall- und Druckindustrie erste Streiks zur Einführung der 35 Stunden Woche. Wie sieht das für andere Bereiche aus? Ziel müsste doch sein, Arbeit für viele, kompensiert durch Arbeitszeitverkürzung.***

» Die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich kann in allen Bereichen hilfreich sein, gerade wenn durch den bevorstehenden Wandel Tätigkeiten wegfallen. Die gewonnene freie Zeit könnte dann für die Weiterbildung der Beschäftigten genutzt werden. Durch die bevorstehende Transformation ist die Weiterbildung unerlässlich. Auch die Arbeitgeber müssen an der Qualifikation ihrer Beschäftigten interessiert sein. Aber für die Umsetzung sind starke Interessenvertretungen, also Mitbestimmung und Gewerkschaften, entscheidend.

» ***Wir danken dir für das Gespräch und wünschen dir gutes Gelingen für deine Arbeit.***

VITA

Geboren in Aurich
am 27. Dezember 1977.

Schule und Gymnasium
in Bonn-Bad Godesberg

Magister Artium in
Politikwissenschaften

Promotion zum Dr. phil.
im Bereich der Sozialgeschichte/
Geschichte der Arbeiterbewegung

Dissertationsschrift:
„Vordenker der ethischen Revolution.
Willi Eichler und das Godesberger
Programm der SPD“

Juso Vorsitzender in Bonn

Mitglied im Rat der Stadt Bonn

Seit 2015 politischer Sekretär der
IG Metall Geschäftsstelle Bremen

Mitglied der IG Metall und ver.di

Mitglied der AWO

01.05.2015
ver.di-Senior:innen
in Hamburg

Foto: Wolf1949

Prekäres Leben –
wenn Sorgen den Alltag überschatten

Traudel Kassel

Prekär leben bedeutet ungesicherte Arbeits- und Lebensverhältnisse, die das Bedürfnis der meisten Menschen nach einem planbaren Leben mit wenigstens einem bescheidenem Auskommen nicht erfüllen.

Also befristete Arbeit, Arbeit im Niedriglohnbereich, Leiharbeit, Minijobs, Saisonarbeit, Arbeit in der (halblegalen oder illegalen) Schattenwirtschaft, Arbeit auf Abruf, Projektarbeit, gesundheitsschädliche Arbeit, Arbeit ohne tarifliche Absicherung, Arbeit zu ungünstigen Zeiten oder langen Arbeitswegen.

Oft kommt ein befristeter, ein Teilzeit- oder Minijob natürlich gelegen. Für Lebenskünstler:innen oder wenn es die Familiensituation nahelegt, wenn Menschen studieren oder sich gern noch im Rentenalter betätigen möchten. Ein prekärer Job ist dann nicht mit Armut gleichzusetzen.

Problematisch ist, dass das ganze Renten- und Sozialversicherungssystem auf ununterbrochene Vollzeit-Beschäftigung ausgelegt ist, die für immer weniger Menschen „normal“ ist. Die Quittung heißt dann oft Altersarmut. Oder in der Pandemie: Mini-Jobber:innen erhielten kein Kurzarbeitergeld.

Prekär sind Lebensverhältnisse, wenn der Mensch die meiste Zeit des Tages – und oft auch in der Nacht – damit beschäftigt ist, sich über die eigene Lebenssituation im Augenblick und in der Zukunft Sorgen zu machen.

Als „typisch“ galt in den Jahrzehnten seit dem so genannten Wirtschaftswunder – vor der Übernahme neoliberaler Wirtschaftsweise – das „Normalarbeitsverhältnis“ – also Vollzeitarbeit mit 48, später 40, noch später oft 35 Stunden pro Woche.

Dass dieses „Normalarbeitsverhältnis“ auch damals nicht selbstverständlich war, sondern Ergebnis von Arbeitskämpfen, wird selten thematisiert.

Alles andere galt als untypisch, also in Westdeutschland die verbreitete Teilzeit-Arbeit der meisten Frauen und vieler Migrant:innen.
Das „Normalarbeitsverhältnis“ mit auskömmlichem Verdienst und tariflich geregelten Arbeitsbedingungen war nie die einzig vorherrschende Arbeitsform. Erinnert sei nur an „Ganz unten“, das aufrührende Buch von Günter Wallraff von 1985 aus der Welt der Leiharbeit von Migranten.

Wendepunkt Wiedervereinigung
Mit der forcierten Privatisierung der DDR-Wirtschaft und Auflösung aller sozialen Sicherheit für die Menschen im Osten verschärfte sich auch der Abbau sozialer Sicherheiten im Westen.

Kanzler Kohl sprach vom „Ende der Vollkasko-Mentalität“. Aushebeln von Kündigungsschutz, von Sozialversicherungsleistungen (Krankheit, Pflege, Rente), Angriffe auf Erwerbslose nahmen zu.

Während in den neuen Bundesländern über ABM viele soziale Härten abgemildert wurden, wurden in Westdeutschland die Nischen geförderter Beschäftigung zurückgefahren, in denen sich viele Menschen eingerichtet hatten. Die längst vorher in USA oder Großbritannien erfolgte Ausrichtung auf ungeschminkten Kapitalismus bestimmte zunehmend auch in Deutschland die Arbeitswelt.

Der Schutz durch Tarifverträge nahm ab. Im Osten galten von vornherein viel weniger Tarifverträge. Im Westen sorgten Ausgliederungen und Zersplitterung von Industrie- und Dienstleistungskonzernen dafür, dass z. B. am gleichen Band Arbeitende ganz unterschiedlichen – oder gar keinen – Tarifen unterlagen. Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen nahmen zu.

Wendepunkt Agenda 2010

Mit den Hartz-Gesetzen fand ein bis dahin unvorstellbarer Angriff auf alle Rechte von Menschen statt, die aus dem Arbeitsprozess herausfielen. Arbeitsfähige Erwerbslose wurden unter Androhung von Sanktionen gezwungen praktisch jede Arbeit anzunehmen, auch schlecht bezahlte, befristete und vor allem Leiharbeit. Erst jetzt gibt es ein Moratorium bei Sanktionen zunächst bis Jahresende.

Problematisch war, dass die Gewerkschaften diesem Frontalangriff auf die Lebensbedingungen vieler arbeitender Menschen keinen entschiedenen Widerstand entgegensetzten. Wäre dieser brutale Angriff von einer CDU-Regierung erfolgt, wäre das vielleicht anders gewesen. Die „Bauchschmerzen“ mancher Grünen oder SPD-Genoss*innen nutzten den von der Keule betroffenen Menschen nichts.

Cornelia Förster-Bonomo

Fassungslos!

„Täglich wird von diversen Paketdiensten Ware im DGB Haus angeliefert. Alle sind sie ziemlich im Stress, kaum Zeit für ein Wort. Eines Tages betrat eine abgehetzte Botin mit mehreren Paketen das Foyer.

Ich machte das Zeichen mit meinen Händen – erstmal runter kommen – und sagte die Redensart:
Sie sind doch nicht auf der Flucht, verschnaufen Sie mal.

Ihre Antwort: Ich habe in den nächsten 10 Minuten noch drei Sendungen auszuliefern. Ich werde es nicht schaffen und muss dafür Strafe bezahlen.

Weg war sie und ich war fassungslos.“

Paketzustellung früher
Foto: Donath, 1946 (Bundesarchiv)

Wenn es ihnen reicht ...
In manchen Branchen werden nur selten reguläre Stellen angeboten: Im Einzelhandel, im Tourismus, bei Lieferdiensten oder bei Reinigungskräften. Der Wechsel aus Leiharbeit in eine Festanstellung ist nur schwer möglich.

Auch für Mini-Jobber:innen ist die Chance gering, auf Wunsch einen regulären Teilzeit- oder Vollzeit-Arbeitsplatz zu bekommen. Aber auch in Bildung, Kultur und im Medienbereich haben „freie" Mitarbeitende einen ungesicherten Stand.

Die Aufsplitterung von Arbeitsplätzen erschwert gewerkschaftliche Organisierung. Menschen arbeiten zeitversetzt. Gemeinsame Pausen, Gespräche, die Vertrauen aufbauen, um gemeinsam einen Arbeitskampf führen zu können, sind schwierig. Wer als Spülkraft in der Gastronomie oder auf Abruf arbeitet, hat kaum Möglichkeiten sich gegen diese Verhältnisse zu wehren oder gar sich zu organisieren.
Unter solchen Bedingungen arbeiten oft Migrant:innen mit schlechten Sprachkenntnissen oder Frauen in schwierigen Lebensverhältnissen. Eine erste Möglichkeit sind Beratungsstellen für mobile Beschäftigte wie MoBA*.

Kämpfe in der Welt der ungesicherten Arbeit erfordern Mut und Ausdauer.

Aber – egal wie schwierig Bedingungen sein mögen: Menschen nehmen Zumutungen nicht auf Dauer ohne Gegenwehr hin.
Wenn es ihnen reicht, lassen sich Menschen nicht alles gefallen und wehren sich – spontan oder organisiert. Ein Beispiel sind Fahrradkuriere bei Lieferdiensten, die sich organisieren, um ihre Situation zu verbessern.
Eine Erfolgsgarantie gibt es nicht. Bei Gorillas in Berlin bezahlten nach einem Streik über 300 Rider ihr Engagement mit Kündigung.

Auch unter Lkw-Fahrern – traditionell einzeln oder zu zweit unterwegs – gibt es immer wieder Anläufe sich zu organisieren. Die teilweise unhaltbaren Bedingungen verlangen nach Gegenwehr.

Kämpfe in der Welt der ungesicherten Arbeit erfordern Mut und Ausdauer, bis sich Erfolge einstellen. Hilfreich sind außerbetriebliche Unterstützer-Komitees, die Konflikte in die Öffentlichkeit tragen und dazu beitragen, dass sich in der Gesellschaft das Bewusstsein durchsetzt, dass die Menschenwürde auch im Arbeitsleben verteidigt werden muss.

Foto: (Zusteller) bluraz/stockadobe.com, (LKW-Fahrer) planet_fox/pixabay.com

**MoBa*
Bremer und Bremerhavener Beratungsstelle für mobile Beschäftigte und Opfer von Arbeitsausbeutung
➜ www.moba-beratung.de

Anstrengende Jobs mit immer mehr Zeitdruck – Zusteller:innen oder Fernfahrer:innen

Marlene Henrici

Das Betriebsrätemodernisierungsgesetz

Schöne Verpackung, der Inhalt enttäuscht

Vom 01. März bis zum 31. Mai finden wieder Betriebsratswahlen statt. In Westdeutschland werden nur 41%, in Ostdeutschland sogar nur 36% der Arbeitnehmer:innen von Betriebsräten vertreten. Leider wurden die Gründe bisher nicht genauer untersucht.
Zu vermuten ist die Zunahme von Union Busting. (Begriff für die Bekämpfung von Betriebsräten durch Arbeitgeber:innen > ***S.14***)

Seit dem 18. Juni 2021 ist nun ein neues Gesetz in Kraft, durch das die Gründung eines Betriebsrates erleichtert werden soll. Das Wahlverfahren wird vereinfacht, die Anfechtung des Wahlergebnisses erschwert. Leider wurde der Kündigungsschutz für die Initiator:innen einer Betriebsratswahl nicht ausreichend weit gefasst.
Ein interessanter Vorschlag der Partei Die Linke wurde nicht berücksichtigt. Dieser sah vor, dass in Betrieben, in denen kein Betriebsrat besteht, der Arbeitgeber einmal jährlich eine Betriebsversammlung abhalten und die Beschäftigten über den Inhalt des Betriebsverfassungsgesetzes informieren muss. Im Anschluss fände einen geheime Wahl darüber statt, ob ein Betriebsrat zu gründen ist. Ein Wahlvorstand könnte auch von außerbetrieblichen Personen gegründet werden.

In dem Gesetz ist vorgesehen, dass bei der Einführung von Künstlicher Intelligenz die Betriebsräte Anspruch auf eine Beratertätigkeit haben. (Wünschenswert wäre ein grundsätzlicher Anspruch auf Beratung!) Die Beteiligungsmöglichkeiten werden erweitert. Betriebsratssitzungen können auch online bzw. über Telefonkonferenzen abgehalten werden.

Geplant ist, die Behinderung der Betriebsratsarbeit zum Offizialdelikt zu erheben – so wie zum Beispiel Raub oder räuberische Erpressung. Dann könnte die Staatsanwaltschaft auch ohne Strafantrag tätig werden. Das würde dann auch in den Fällen helfen, wenn bestehende Betriebsräte unter Druck gesetzt werden.

Ob durch das neue Gesetz eine Verbesserung der Situation eintritt, bleibt abzuwarten. Es ist ein Anfang, ausreichend ist es aber noch lange nicht.
Wir haben schon mehrfach vom unglaublichen Verhalten der Orpea-Residenz-Gruppe hier in Bremen berichtet. Die Betriebsratsmitglieder werden mit Klagen überzogen. Obwohl die Arbeitgeber:innenseite bisher alle Verfahren vor Gericht verloren hat, werden einzelne Betriebsratsmitglieder weiterhin unter Druck gesetzt.
Ziel ist, die Betriebsratsmitglieder zu zermürben und andere abzuschrecken, sich zu engagieren.
Bleibt zu hoffen, dass die Kolleg:innen durchhalten. Auf die Unterstützung durch ver.di und die Beschäftigten können sie zählen.

Bernd Krause

UNION BUSTING

Gewerkschafts-Zerstörung

Der Begriff ***Union Busting*** kommt aus dem Englischen und bedeutet übersetzt Gewerkschaften sprengen, bekämpfen, kaputtmachen. Erstmals wurde der Begriff ***Union Busting*** im Jahre 1999 von der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten in Deutschland benutzt um Praktiken des Fast Food-Konzerns McDonald's anzuprangern. Der Journalist und Sachbuchautor Werner Rügemer und Elmar Wigand hatten den Begriff 2009 in ihrem Buch „Arbeitsunrecht" und 2014 im Buch „Die Fertigmacher" stärker geprägt.

Im Betriebsverfassungsgesetz ist die Mitbestimmung von Arbeitnehmer:innen klar geregelt und gesetzlich geschützt. Wer die Wahl oder Arbeit eines Betriebsrats behindert oder stört, muss mit einer Geldstrafe oder einer Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr rechnen. Also darf es das professionelle und systematische Vorgehen gegen gewerkschaftliche Interessenvertretungen gar nicht geben. Leider sieht es in der Wirklichkeit anders aus und es nimmt immer weitere Ausmaße an. Im Betriebsverfassungsgesetz vorgesehene Sanktionen werden in den seltensten Fällen durchgesetzt.

Der Ursprung von ***Union Busting*** begann vor Jahrzehnten in den USA, aber aufgrund der Globalisierung wenden Teile der Unternehmerschaft auch hier zunehmend amerikanische Methoden an.

Wir kennen die sogenannten Dienstleister, Zulieferer, Lebensmittelketten, Bringdienste usw.

Unter anderem gehen sie folgendermaßen vor:

- Verhinderung von Betriebsratswahlen
- Einschüchterung und Überwachung von Betriebsräten und Betriebsratskandidat:innen
- Gewährung von Vorteilen für unternehmerfreundliche Betriebsräte
- Verhinderung von kritischen Presseberichten

Der Verein ➜ **arbeitsunrecht.de** unterstützt Betriebsräte und stellt Forderungen.
Eine hat sie nun erreicht – die Ampelkoalition erkennt ***Union Busting*** als Offizialdelikt an. Das bedeutet: Staatsanwaltschaften müssen Untätigkeit beenden.

23.02.2022
Protest vor dem Landesarbeitsgericht Kündigungsschutzprozess Betriebsrätinnen Residenz-Gruppe

Foto: Traudel Kassel

Reiner Meissner

Vergelt's Gott!

Seit Januar 2022 bekommen die Beschäftigten der Bremer Altenpflege mehr Geld. Das ist gut so! Doch: Bekommen alle über 9.000 Kolleginnen und Kollegen in Bremen und Bremerhaven mehr? – NEIN! Denn der zwischen ver.di und der Tarifgemeinschaft Pflege Bremen abgeschlossene Tarifvertrag gilt nur für die ca. 3.200 Beschäftigten, die bei der AWO, dem DRK, der PARITÄT, der DIAKONIE, der CARITAS und der Bremer Heimstiftung arbeiten. Beschäftigte, die bei privaten Pflegeeinrichtungen arbeiten profitieren von diesen Verbesserungen nicht, da ihre Arbeitgeber sich nicht der Tarifgemeinschaft angeschlossen haben.

Rückblick auf die Bundesebene

Im letzten Jahr hatte sich ver.di mit dem Bundesverband Arbeitgeber in der Pflegebranche auf einen bundesweiten Tarifvertrag in der Altenpflege geeinigt. Dieser Tarifvertrag sollte für „allgemeinverbindlich" erklärt werden. Dafür wäre die Zustimmung der beiden kirchlichen Wohlfahrtsverbände CARITAS (katholisch) und DIAKONIE (evangelisch) erforderlich gewesen. Die CARITAS verweigerte aber auf Bundesebene diese Zustimmung. Auch die DIAKONIE bekannte sich nicht zu einer Allgemeinverbindlichkeit.

Scheinheilig

Die kirchlichen Arbeitgeber haben ein Problem mit tarifvertraglich vereinbarten Regelungen von Lohn- und Arbeitsbedingungen. Sie wollen lieber ihren sogenannten „Dritten Weg" weiter gehen und setzen dabei auf sogenannte Arbeitsrechtliche Kommissionen. Die sind zwar paritätisch besetzt mit Personen der „Dienstgeberseite" (Arbeitgeber) und der „Dienstnehmerseite" (Beschäftigte), aber im Falle einer Nichteinigung ist eine Schlichtung bindend. Eine „weltliche" Regelung der Arbeitsbedingungen (z.B. auch Streiks) lehnen sie ab. Streitigkeiten sollen „idealtypischer Weise im geschwisterlichen Gespräch gelöst werden".

Die privaten, kommerziellen Betreiber von Pflegeeinrichtungen reiben sich derweil die Hände. Für sie gelten weiterhin nur die Mindestlöhne für Pflegekräfte.

Für Tarifvertrag

Es gibt aber auch andere Meinungen. Die CARITAS Bremen hat die Ablehnung des Allgemeinverbindlichen Tarifvertrages durch die CARITAS auf Bundesebene bedauert – den Bremer Tarifvertrag hat sie mit unterschrieben. Auch die Diakonie ist Mitglied der Bremer Tarifgemeinschaft. In Hessen gilt seit dem 1. April 2022 ein Tarifvertrag für diakonische Altenhilfeeinrichtungen. Auch in Niedersachsen gibt es Tarifverträge mit kirchlichen Einrichtungen.

Nicht auf die lange Bank schieben

Im Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP steht: „*Gemeinsam mit den Kirchen prüfen wir, inwiefern das kirchliche Arbeitsrecht dem staatlichen Arbeitsrecht angeglichen werden kann. Verkündungsnahe Tätigkeiten bleiben ausgenommen*". Mit dem letzten Satz können die ca. 1,5 Millionen Beschäftigten der Kirchen sicher leben, aber sonst hört sich der Prüfauftrag nicht nach entschlossenem Handeln an.

Auch das im Weser-Kurier am 23. Januar 2022 wiedergegebene Zitat von Arbeits- und Sozialminister Heil, „*Mir ist wichtig, dass wir in den kommenden vier Jahren einen neuen Anlauf unternehmen, um zu einem allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Altenpflege zu kommen*", macht betroffen. Es muss weiter Druck auf die Kirchen und die Politik ausgeübt werden. Hier sind auch die Bremer Bundestagsabgeordneten gefordert.

Auch die Beschäftigten müssen sich klar positionieren und ihrer Gewerkschaft, durch einen Eintritt in ver.di, den Rücken stärken.

Einstiegsgehälter	Pflegehilfskräfte	Pflegehilfskräfte 1-jährige Ausbildung	Pflegehilfskräfte 3-jährige Ausbildung
Bremer Tarifvertrag seit 01.01.2022	14,05 €	14,72 €	17,96 €
Bremer Tarifvertrag ab 01.01.2023	14,47 €	15,16 €	18,48 €
Pflegemindestlohn seit 01.04.2022	12,55 €	13,20 €	15,40 €
vorher	12,00 €	12,50 €	15,00 €
Pflegemindestlohn ab 01.09.2022	13,70 €	14,60 €	17,10 €

Quelle: ver.di

DU MUSST DRAN *glauben*

Wolfgang Schröder

„Jeder soll nach seiner Facón selig werden."

Das Zitat geht auf einen Vermerk des preußischen Königs Friedrich II., des „Großen" (1712-1786) zurück, der damals auf eine Anfrage, ob die römisch-katholischen Schulen wegen ihrer „Unzuträglichkeit" zum preußischen Staatswesen nicht wieder abgeschafft werden sollten, diese wunderbare Bemerkung an den Rand der Eingabe schrieb.

Das zersetzende Rauschgift des Karl Marx

Und dazu fällt mir das Folgende ein: Was meint ihr denn, was haben wohl Karl Marx und John Lennon gemeinsam? Komische Frage – nicht wahr? Ja gut, beide wohnten (zeitweise) in England. Aber das meine ich nicht.

Um die gestellte Frage zu beantworten, muss ich jetzt etwas weiter ausholen. Neulich habe ich mir nämlich (wieder) den US-Monumentalfilm QUO VADIS von 1951 angesehen. Ihr wisst schon: Rom brennt. Nero (gespielt vom genialen Peter Ustinov!) spielt dazu auf der Leier.
Das Christentum, eine zutiefst in ihrem Glauben verwurzelte, jedoch seinerzeit im Römischen Reich bekanntlich blutig verfolgte Religionsgemeinschaft strebt empor. In gewaltigen, überwältigenden Massenszenen wird in dem Filmgiganten u. a. das Martyrium der Christen gezeigt, die in der Arena im römischen Kolosseum vor johlendem Publikum den Löwen zum Fraß vorgeworfen werden.

Bild: Gerd Altmann/pixabay.com

Im Hinblick auf Religion hat Karl Marx (1818-1883) folgende Kritik zum Ausdruck gebracht:

„Der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen. (…) Sie [die Religion] ist die phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens, weil das menschliche Wesen keine wahre Wirklichkeit besitzt. Der Kampf gegen die Religion ist also mittelbar der Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist. (…) Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüth einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks. Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks.“

Soweit also der Religionskritiker Karl Marx 1844.

Der weite Himmel des John Lennon

Und damit kommen wir zu John Lennon (1940-1980). Der hat nämlich im September 1971 den (ebenfalls religionskritischen) Song *IMAGINE* veröffentlicht. Ich meine, dass ich den englischen Text hier nicht zu übersetzen brauche, denn er ist ja leicht zu verstehen.

Darin heißt es zu Beginn:
„Imagine there`s no heaven – It`s easy if you try – No hell below us – Above us only sky. – Imagine all the people – Livin` for today… – ...Aha-ah… – Imagine there`s no countries – It isn`t hard to do – Nothing to kill or die for – And no religion, too.“

Ja, das stelle man sich mal vor…

Im Übrigen war die Liedzeile „above us only sky“ lange Zeit der Slogan im Logo des Liverpooler John-Lennon-Flughafens.
Der besagte Popsong *IMAGINE*, der zu einem Aufruf für den Frieden und sogar zu einer Hymne der Friedensbewegung wurde, beschreibt die Vision einer Gesellschaft ohne Besitz und Nationalismus (keine Staaten, kein Militär mehr!) und ohne Religion (kein christlicher Himmel, keine Hölle mehr).

Das Stück belegt unter den 500 größten Songs aller Zeiten, die 2004 in einer Liste vom US-Musikmagazin ‚Rolling Stone‘ veröffentlicht wurden, den dritten Platz.

Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in den USA setzte es allerdings der US-Radiokonzern ‚Clear Channel Communications‘ auf eine Liste von insgesamt 166 (!) Liedern, die „textlich fragwürdig“ seien und vorerst nicht mehr gesendet werden sollten.

Imagine

Die weise Voraussicht des Woody Allen

Wie hält es ein jeder Mensch mit der Religion, mit dem Glauben, mit der Kirche – das ist eine ständig aktuelle Frage, die im o.a. Römischen Reich schließlich wie folgt beantwortet wurde: Am 27. Februar 380 unterzeichnete der oströmische Kaiser Theodosius I. ein Dekret, mit dem das Christentum zur Staatsreligion erklärt wurde. Diesen Akt wiederholte Kaiser Konstantin im Jahr 393 für das gesamte Römische Reich.

Der US-amerikanische Filmregisseur, Schauspieler, Autor und Komiker Woody Allen (geb. 1935) ist im Hinblick auf den religiösen Glauben und das ganze Drumherum jedoch ein wenig skeptisch.

Von ihm stammt hierzu nämlich der folgende schöne Ausspruch:

» Ich glaube nicht an ein Leben nach dem Tod, obwohl ich ein paar Unterhosen zum Wechseln mitnehmen werde. «

Bild: Schulbilder.org

Marlene Henrici

Hilde Adolf – Pragmatikerin mit Humor

Vor 20 Jahren, am 16. Januar 2002 um 19.20 Uhr, verunglückt Hilde Adolf tödlich auf der Heimfahrt von Bremen nach Bremerhaven. Die Umstände sind bis heute ungeklärt. Fassungslos wird ihr Tod nicht nur von ihrer Familie, sondern auch von der Bevölkerung in Bremen und Bremerhaven aufgenommen.

Der neu gewählte Senat
Hilde Adolf vorne links

Foto: buten & binnen

» Schon als Kind mit dem Opa zur Maikundgebung

Hilde Adolf wird am 13. Mai 1953 in Bremen geboren. Eigentlich ist sie Bremerhavenerin. Das Überseehafengebiet in Bremerhaven gehört aber damals zur Stadt Bremen. Hildes Eltern, Heinz und Elfriede Adolf geb. Stange wohnen bei den Großeltern. Hilde wächst in einfachen Verhältnissen auf. Der Großvater kümmert sich liebevoll um sie und ihre Schwester Herma. So wird berichtet, dass er, ein überzeugter Sozialdemokrat, die Mädchen auch mit zur Maikundgebung nimmt. Anschließend gibt es in der Kneipe eine Limonade.

Auch die Oma ist in sozialdemokratischen Kreisen aktiv. So wird Hilde schon in früher Kindheit sozialdemokratisch geprägt. Trotz knappen Geldes wird für die Kinder vieles möglich gemacht. Wenn das Geld nicht reicht, helfen die Großeltern aus.

Hilde ist ein aufgewecktes Kind. Sie lernt schnell. Das Lesen bringt sie sich selbst bei. 1960 wird sie eingeschult und wechselt nach vier Grundschuljahren zum Gymnasium.1965 verlässt der Vater die Familie und Hilde übernimmt wie selbstverständlich die Führungsrolle in der Familie.

Da sie gerne singt, geht sie in den Schulchor. Sie ist aber so stimmgewaltig, dass sie alle anderen übertönt. Die anderen Kinder beschweren sich und sie verlässt den Chor wieder.
Die Freude am Gesang verliert sie aber nicht. 1971 findet sie ihren Jugendchor und ist mit Freude dabei. Sie hat großen Humor und Spaß an der Schauspielerei.
1980 bildet sich die Kabarettgruppe „Die Müllfischer“. Jedes Jahr gibt es ein neues Programm und die Vorstellungen sind stets schnell ausverkauft. Erst als Hilde in den Senat gewählt wird, beendet sie die Mitarbeit.

» Schon jung sehr selbstbewusst

Im Gymnasium zeigt sie sehr gute Leistungen. Ihr damaliger Lehrer berichtet, dass sie keine pflegeleichte Schülerin war, sondern selbtbewusst, diskussionsfreudig, dabei jedoch immer verbindlich. 1971 beteiligt sie sich an einem Wettbewerb des Landesjungendrings mit einem Aufsatz zum Thema: „Präsident des Senats im Lande Bremen zu sein ...“ Sie formuliert politische Ziele wie die Reform des Jugendstrafvollzugs und gleiche Ausbildungschancen für alle. Sie belegt den 2. Platz. Der Preis ist ein Besuch in Bonn. Der Bremer Senatspräsident Hans Koschnick empfängt sie und sie lernt auch Willy Brandt kennen. Das Treffen beeindruckt sie stark.
1972 macht Hilde ihr Abitur. Nach einem freiwilligen sozialen Jahr tritt sie in die SPD ein. Sie beginnt ein Jurastudium in Bremen, wechselt später nach Göttingen. So wie vieles, trifft sie die Entscheidung für das Studium aus pragmatischen Gründen. Diesen Pragmatismus verliert sie Zeit ihres Lebens nicht.

» Eine moderne Ehe

1978 heiratet sie Wolfgang Lunter. Ihr Hochzeitskleid näht sie selbst. Sie nimmt auch nicht, wie es damals üblich war, den Namen ihres Mannes an. Ihr Mann führt zum Entsetzen seiner Eltern den Doppelnamen Lunter-Adolf. Die beiden führen eine sehr moderne Beziehung. Hilde und Wolfgang setzen die Diskussionen über Männer und Frauenrollen konsequent in die Praxis um. 1982 wird ihr Sohn Eike geboren. Hilde steckt gerade im ersten Staatsexamen. Nach einem Jahr Babypause schließt sie es ab.

» Parteiarbeit und Frauenbeauftragte

Sie engagiert sich jetzt mehr in der Partei. Sie bildet mit anderen Juristen die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristen.
1996 wird sie Unterbezirksvorsitzende. Während ihrer anwaltlichen Tätigkeit lernt sie viele Frauen kennen, die in Gewaltstrukturen stecken. Sie will daran arbeiten, dass sich gesellschaftlich etwas ändert. Ihr wird klar, dass sie das nur auf der politischen Ebene erreichen kann. In der Bundesrepublik werden zu dem Zeitpunkt kommunale Frauenbeauftragte installiert. So auch in Bremen. Ursula Kerstein besetzt die Stelle in Bremen. Sie sucht für Bremerhaven eine Unterstützung und findet sie in Hilde Adolf. Sie baut in Bremerhaven ein großes Netzwerk auf und berät selbst Frauen bei Problemen. Bald wird sie durch ihre engagierte Arbeit auch bundesweit bekannt.

1994 holt sie die 10. Bundeskonferenz kommunaler Frauen und Gleichstellungsbüros nach Bremerhaven. Thema ist: „Wer nicht mit uns rechnet, verrechnet sich.“
1995 wird sie in die bremische Bürgerschaft gewählt. Henning Scherf bezeichnet sie als Traumpolitikerin, die von ganz vielen Leuten als eine von ihnen verstanden und anerkannt wird. Mitunter wird sie auch als „Mutter der Seestadt SPD“ bezeichnet, die sich um alles kümmert.

» Ein Riesenressort

1999 wird Hilde in zur Senatorin für Arbeit, Frauen, Jugend, Gesundheit und Soziales berufen. Es gilt ein Spardiktat in der großen Koalition. Es ist unter dem Sparzwang schwer, neue Ideen umzusetzen. So gerät sie immer wieder in Zwiespalt. Nach anstrengenden Sitzungstagen legt sie zu Hause noch schnell eine Reihe Fliesen im renovierungsbedürftigen Haus. Das ist für sie Entspannung. Sie richtet Sozialzentren ein. So sollen die Menschen in den Stadtteilen besser erreicht und beraten werden. Unter ihrer Federführung wird das bundesweit erste Mammografie-Screening eingeführt.
Sie bemüht sich, stets vor Ort zu sein und dabei zu helfen, Probleme zu lösen, sie ist eine Senatorin zum Anfassen. Sie wird in Parteikreisen als geeignete Nachfolgerin von Henning Scherf gehandelt.

Ich habe sie in ihrer Funktion als Gesundheitssenatorin kennengelernt. Sie verstand sehr schnell, welche Probleme in der Krankenhauspolitik bestehen. Wir, damals noch Personalräte, hatten gerade mit ihr über Lösungsmöglichkeiten diskutiert. Ein neuer Termin war schon verabredet. Dazu kommt es leider nicht mehr.

» Andenken an Hilde Adolf

2002 wird die Bürgerstiftung Bremen gegründet. Mitinitiatorin ist Hilde Adolf. Seit 2005 wird dort der Hilde-Adolf-Preis verliehen. Ausgezeichnet werden Gruppen, Vereine, Unternehmen und Einzelpersonen, die sich vorbildlich für Kinder, Jugendliche und sozial Ausgegrenzte einsetzen. Verbunden mit dem Preisgeld ist die Verleihung einer Bronzebüste von Hilde Adolf. Zu Ihrem Andenken an sie wird eine Straße in Gröpelingen nach ihr benannt. 2007 folgt Bremerhaven mit einer Strassenbenennung in Grünhöfe. 2009 wird eine Wohnanlage der Stiftung Friedehorst für behinderte Kinder in Hilde-Adolf-Haus benannt.

Quellen:
Bremer Frauenmuseum
„Mach das Beste draus“
Hilde Adolf – eine Biografie
von Birgit Köhler & Beenhard Oldigs

„Gardens by the Bay“ in Singapur – imposante Wasserbehälter und der verbindende Baumkronen-Wanderweg

TEIL 2

Udo Hannemann

Wasser – was kostet es und wie kann man damit Geld verdienen?

Trinkwasser ist für uns kostenlos. Wir bezahlen aber, so sagt man, für die Bereitstellung, Reinigung und Überwachung. Da stellt sich die Frage, warum muss Wasser gereinigt werden?

Wir benötigen Wasser eben nicht nur als Trinkwasser. Durch seine besonderen Eigenschaften eignet sich Wasser als Lösemittel und in Verbindung mit chemischen Stoffen als Reinigungsmittel. Unsere moderne Industrie, die Fahrzeuge für unsere Mobilität, aber auch Dünger und chemische Pflanzenschutzmittel für die industrielle Landwirtschaft herstellt, sind hier einer der Hauptverschmutzer.

Gewinne entstehen weltweit bereits bei der kostenfreien Nutzung von Wasser aus eigenen Wasserrechten an Oberflächenwasser und Tiefbrunnen. Das meiste Geld kann man sparen, wenn die anfallenden Abwässer kostenfrei in Oberflächengewässer, und damit bedenkenlos in die Flüsse und Meere geleitet werden.

Der Versuch in der Vergangenheit, Firmen per Baurecht die Auflage zu erteilen, Brauchwasser an Fließgewässern nur unterhalb der Firma zu entnehmen und die Abwässer nur oberhalb der Firmen einzuleiten wurde von Politikern nie ernsthaft erwogen. Die Firmen hätten hierfür teure Kläranlagen bauen müssen, da sie meist auf sauberes Wasser angewiesen sind.

Und auch hier gilt:
Irgendwann sind die Giftstoffe im Grundwasser!

Da die technische Aufbereitung von verschmutztem Wasser hochspezialisierte Verfahren benötigen, gibt es gerade für weltweit agierende Konzerne ein großes Geschäftsfeld.

Problematisch wird es, wenn der Rohstoff Wasser wie z.B. in Teilen der Stadt Bremen durch alte Industrieabfälle belastet ist. Vor über 100 Jahren hatte jedes alte Bremer Bürgerhaus in der unteren Etage, in der Küche, eine eigene handbetriebene Grundwasserpumpe. Das Wasser war gut und kostenfrei.

Dann war dies immer weniger möglich. Selbst von der Nutzung als Gartenbewässerung muss heute an manchen Stellen abgeraten werden. Hierfür hat der Bremer Senat eine mehrsprachige Broschüre zur Nutzung von Grundwasser erstellt.

Die Beseitigung der vor Jahrzehnten entstandenen Umweltschäden wird heute auf Kosten aller, also mit Steuergeldern, durchgeführt und wird noch lange andauern.
Erst seit wenigen Jahren wird versucht Abwasser so zu reinigen, dass es selbst als Trinkwasser genutzt werden kann.

Singapur
das leuchtende Beispiel

Der Stadtstaat Singapur verfügt über keine eigenen Grundwasserquellen und hat bisher Trinkwasser über eine Pipeline aus Malaysia bezogen. Heute sorgen eigene Trinkwasseraufbereitungsanlagen für das notwendige saubere Trinkwasser.

» Genutzt werden Meerwasseraufbereitungsanlagen in vom Meer abgetrennten Buchten.

» Regenwasser wird in riesigen Behältern gesammelt, die auch als beleuchtete Aussichtsplattformen genutzt werden.

» Selbst aus dem Abwasser der Stadt wird Trinkwasser (NEWater) mit bester Qualität gewonnen, in Plastikflaschen abgefüllt und verkauft.

NEWater –
bestes Trinkwasser aus
aufbereiterem Abwasser

Foto: usatoday.com

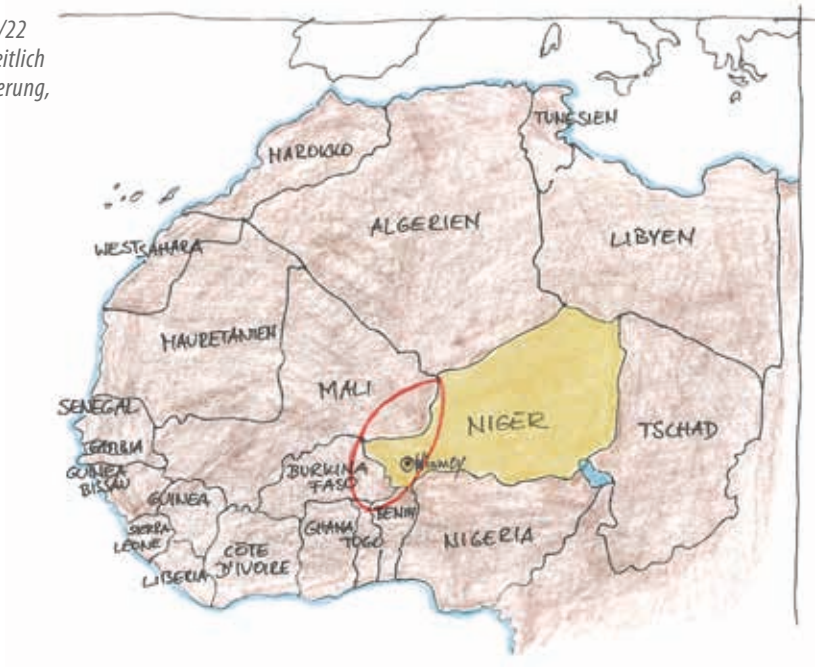
Und wie ist es in Bremen?

Die Flächen rings um die „Umgedrehte Kommode“ auf denen früher das „Weserfiltrat“ gewonnen wurde, sind heute mit teuren Eigentumswohnungen zugebaut.

Es ist zu hoffen, dass Flächen für die zukünftige Trinkwasserreinigung in Bremen reserviert und vorgehalten werden. Bevor man feststellt, dass Trinkwasser kostbarer als Gold ist.

Fotos: (links) Engin_Akyurt, (rechts) suyashdixit / pixabay.com

In der Region Tillaberi, nahe zur Grenze Malis, ereigneten sich 2021/22 besonders viele Terrorattaken mit hunderten von Toten. Die mehrheitlich islamistischen Attacken richteten sich gegen Dörfer und Zivilbevölkerung, die begonnen hatten sich gegen den Terror zu wehren.



Manfred Weule

Wenn der Schulweg für Mädchen immer länger wird

Ein Bericht aus der Sahelregion

Der lange Schatten des Kolonialismus

Ein gutes Drittel der rund 6.000 Sprachen der Welt ist auf dem afrikanischen Kontinent zu Hause. Trotz kolonialer und post-kolonialer Sprach- und Bildungspolitiken sprechen dort 1,2 Mrd. Menschen in der Familie, mit den Nachbarn, bei der Arbeit eine der Nationalsprachen ihres Landes, in ihrer Muttersprache. Dabei ist die Mehrsprachigkeit Regel und Alltag, die meisten kommunizieren in zwei oder drei Sprachen. Die „europäischen" Kolonialsprachen sind, wenn überhaupt, dem Gang zur Behörde vorbehalten oder dem Besuch in der Stadt. Es ist auch hauptsächlich die Stadtbevölkerung, die die ex-kolonialen Amtssprachen beherrscht. Deutlich wird dies in der Republik Niger, bis 1960 Kolonie Frankreichs.

Gut sechzig Jahre nach der Unabhängigkeit orientiert sich die Bildungspolitik faktisch noch immer an den Interessen der Eliten und sorgt so dafür, dass nur knapp 20 % der nigrischen Bevölkerung die Amtssprache Französisch beherrschen. Die Chance Lesen und Schreiben zu lernen, wird trotz Schulpflicht dort verpasst, wo man es eigentlich lernen sollte: in den Grundschulen.

Das multilinguale Ideal des Staates in einer multilingualen Gesellschaft muss versagen, wenn Kinder, die bis zu ihrem 6. Lebensjahr Hausa, Zarma oder Fulfulde gesprochen haben, in einer Fremdsprache, in diesem Fall Französisch, Lesen und Schreiben lernen sollen und in einer Sprache unterrichtet werden, die im Umfeld der Kinder kaum gesprochen wird.

Leittragend sind besonders Kinder, die auf dem Land aufwachsen. Sie brechen die Schule – wenn sie sie überhaupt besuchen – spätestens im dritten oder vierten Schuljahr ab. So ist es der nigrischen Regierung in der letzten Dekade mit großen Anstrengungen zwar gelungen, die Einschulungsquote enorm zu erhöhen, aber nicht die Erfolge des Schulbesuchs zu verbessern.

Dass sich Eltern in den ländlichen Regionen heute vermehrt von den staatlichen Grundschulen abwenden und ihre Kinder – besonders die Mädchen – lieber nicht zur Schule schicken, sondern eher in die Koranschulen, ist dabei nicht nur eine Frage der Armut. Das Misstrauen gegenüber staatlichen Schulen, den „Ecoles des Blancs" (Schulen der Weißen), ist auch der oben skizzierten postkolonialen Sprachpolitik geschuldet.

Junge Frauen und Mädchen haben es besonders schwer.

Trotz Schulpflicht schließen überhaupt nur 56 % aller Schüler:innen die Grundschule nach sechs Jahren ab. Betrachtet man allein die Mädchen, sind es nur 43 %, die das Ende der Grundschule erreichen. Auf dem Land sind es sogar noch weniger. Heute sind noch immer etwa 80 % aller Frauen über 14 Jahre in Niger Analphabeten, d.h. sie können weder in der Amtssprache Französisch noch in ihren Muttersprachen lesen und schreiben. Der Schulbesuch, eine Ausbildung oder gar ein Studium sind aber die wirksamsten Mittel, um eine frühe Verheiratung zu verhindern und als Frau ein selbstbestimmtes Leben zu führen.

Fotos und Karte: Manfred Weule

Früh verheiratet heißt, dass drei von vier Mädchen unter 18 Jahren und ein Drittel sogar unter 15 Jahren verheiratet werden. Dies führt nicht nur dazu, dass Niger außer der höchsten Geburtenrate weltweit auch die höchste Zahl an Kinderehen aufweist, sondern in vielen Fällen auch zu gesundheitlichen Problemen bei den jungen Frauen, die zu früh und auf dem Land unter schwierigen Verhältnissen schwanger werden und gebären.

Muttersprachlicher Unterricht führt zur aktiven Beteiligung

Immerhin verbietet ein Gesetz seit 2017 die Verheiratung Minderjähriger und es bleibt zu hoffen, dass es langfristig Wirkung zeigt. Grundsätzlich stehen den Frauen alle Funktionen offen – im neuen Kabinett des Präsidenten Bazoum sind seit April 2021 fünf Ministerien weiblich besetzt und in der Justiz und dem öffentlichen Dienst allgemein sind auch Frauen in Führungspositionen zu finden. Trotzdem wirken die tradierten Frauenrollen noch stark in die Vorstellungen der Familien und Mädchen hinein, besonders auf dem Land. Mädchen brauchen starke Vorbilder und Bildung ist eine Grundvoraussetzung für den Zugang zu Alternativen.

In der „Ecolé d'amitié" (Schule der Freundschaft)

Schon die Pandemie hat die Mädchen besonders getroffen. Nicht nur im Niger, sondern in vielen ärmeren Ländern fiel auf, dass nach den Lockdowns in Schulen vor allem Mädchen nicht wiederkamen. Sie waren verheiratet worden, für Haus- und Feldarbeit eingeplant oder hatten selbst das Interesse verloren.
Ein enormer Rückschritt für alle, die um Bildungsrechte für Mädchen kämpfen.

Krimineller und islamistischer Terror zerstört die ohnehin fragilen Bildungschancen von Mädchen

Kriminelle Gewalt und islamistischer Terror besonders in den nigrischen Grenzgebieten zu Mali und Burkina Faso, macht den Schulbesuch für die Schüler:innen noch schwieriger, bzw. unmöglich (s. Karte). Laut Bericht des lokalen Radiosenders „Radio Kalangou" vom 21. Februar 2022 sind in der besonders betroffenen Region Tillabery aktuell 758 Schulen geschlossen worden und 72.000 Schüler:innen bleiben ohne Unterricht. Teils wurden ihre Schulen zerstört, teils wurden die Dörfer von den Bewohner:innen verlassen, weil sie den Überfällen nicht mehr standhalten konnten. Staat und Militär sind dort kaum präsent.
Auch die (noch) geöffneten Schulen empfangen weniger Mädchen, da diese in den unsicher gewordenen Grenzgebieten als erste zuhause bleiben müssen. Häufig fehlen die Mittel, um Kinder in eine weiter entfernte, dafür sichere Schule zu schicken. Es fehlen Gasteltern, die die Mädchen bei sich aufnehmen könnten, und oft hat die nächst erreichbare Schule auch keine ausreichende Kapazität, um zusätzliche Lernende aufzunehmen.

Teilhabe statt exklusiver Demokratie

Wie es sich im Nachbarstaat Mali gezeigt hat, sind militärische Antworten auf diese Situation keine Lösung. Auch deshalb ist das militärische Engagement Deutschlands und Europas in Niger mehr als fragwürdig. In Deutschland wie in Niger wird der Ruf zivilgesellschaftlicher Akteure nach einem umfassenderen Engagement Deutschlands jenseits militärischer Interventionen stärker. WIR meinen zu Recht, denn die sich in der gesamten Sahelregion entwickelnden sozialen Deformationen, genährt durch die Folgen des Klimawandels und der Jahrzehnte anhaltenden unfairen Handelspolitik Europas, sind militärisch nicht zu überwinden. Es bedarf der Unterstützung einer Politik in Niger, die unter Einbeziehung lokaler und zivilgesellschaftlicher Akteure endlich ernst macht mit Fragen der Ressourcengerechtigkeit, der gesellschaftlichen Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen und aller Frauen. Dazu gehört auch das Grundrecht auf Bildung und der Unterricht in Muttersprachen, zumindest in den Grundschulen.

Manfred Weule

ist Mitglied des Vereins „Mate ni kani e. V.". Seit 2010 fördert der Verein die Veröffentlichung von Kinder-und Jugendliteratur in den wichtigsten Nationalsprachen in Niger.

„Allein – machen sie dich ein“

Wolfgang Bielenberg

Lied der deutschsprachigen Rockband „Ton, Steine, Scherben“, 1972

Das Telefon bleibt stumm, weil niemand anruft. Der Briefkasten ist leer – bis auf die abonnierten Zeitungen und sich wiederholende Werbesendungen. Regelmäßige Termine, liebgewordene Begegnungen werden weniger, fallen weg. Internet und „soziale“ Medien helfen nicht weiter. Man und frau fühlen sich allein, unverstanden, ausgegrenzt, einsam. Die nun über zwei Jahre währende Corona-Pandemie hat durch Auflagen und Beschränkungen die Situation verschärft.

Das geht nicht nur uns älteren Menschen so. Gerade Kinder und junge Menschen haben unter den Kontaktbeschränkungen und Auflagen gelitten, Lehrkräfte berichten über massive Verhaltensänderungen bei ihren Schüler:innen.

Doch für uns Ältere kommen gewichtige Faktoren hinzu:

- die Altersarmut – die eine gesellschaftliche Teilhabe erschwert oder unmöglich macht
- das Ausscheiden aus dem Arbeitsleben und dadurch der Verlust von Struktur, Anerkennung und organisierten Begegnungen
- die Ferne von Angehörigen, die durch digitale Kontakte zwar gemildert wird, aber liebevolle Umarmungen nicht ersetzen kann
- die Krankheit, die den eigenen Radius einschränkt oder auf null setzt
- der Tod von Partner oder Partnerin, von Freunden und Bekannten

Foto: Wolfgang Bielenberg

Dabei sind „wir Älteren“ keine homogene Gruppe:

Grob gesagt, werden als „Ältere“ Menschen etwa zwischen 60 und 100 Jahren bezeichnet – wobei nicht gesagt ist, dass die 60-70-Jährigen unbedingt noch gesund und fit, die 90-100-Jährigen siech und vielleicht dement sind.
Das Leben älterer Menschen ist so unterschiedlich wie die Lebensläufe der Menschen es waren.

Kontaktfreudige Menschen, die sozial abgesichert sind, die schon vorher einen großen Freundeskreis hatten, mit ihrer Familie in gutem Kontakt stehen, haben auch im Alter häufig weniger Probleme weiterhin ein aktives und erfülltes Leben zu führen. Hobbies, Interessen und Leidenschaft für eine Sache und eine Bereitschaft in der Verwandtschaft oder Nachbarschaft, beim Sport, im Gartenverein tätig zu sein, gestalten das Leben einfacher.

Was tun?

Nur – was tun, wenn Kontakte schon weggebrochen sind?

Wenn – nach dem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben und einer Zeit des „Beinehochlegens“ – der Wunsch, mit anderen Menschen in Kontakt zu treten, dringender wird? Dann kann der erste Schritt, sich zu öffnen, selbst die Initiative zu ergreifen, groß erscheinen.

Es gibt in Bremen viele Angebote, Menschen zu treffen, Veranstaltungen zu besuchen, sich Unterstützung zu holen.

Wo finden?

Angebote in Bremen

» **Älter werden in Bremen**
Das Heft wird jährlich herausgegeben von Senatorischen Behörden und der Seniorenvertretung Bremen – öffentlich ausgelegt oder zu finden unter
➜ **https://www.soziales.bremen.de/soziales/aeltere-menschen/beratung-51599**

» **Rostfrei**
Das Magazin erscheint seit 1999 zweimal jährlich im Bremer Kellner Verlag und wird in der Stadt ausgelegt oder ist zu finden unter
➜ **www.kellnerverlag.de/senioren/rostfrei**

» **Durchblick**
Das Mitteilungsorgan der Seniorenvertretung Bremen erscheint zweimonatlich und kann per E-Mail angefordert oder gelesen werden unter
➜ **seniorenlotse.bremen.de/durchblick/**

Neben anderen Organisationen engagiert sich der Sozialverband AWO seit Jahren in diesen Fragen. Er bietet zum Beispiel neben der organisierten Nachbarschaftshilfe die „Universität der 3. Generation“ mit diversen Weiterbildungsangeboten an.

Seit gut einem Jahr gibt es zwei weitere interessante Projekte

Gubera –
Gut beraten im Ruhestand
Hier gibt die AWO Auskunft über soziale Leistungen und Verweise auf Behörden und Ämter ebenso über Angebote zur Freizeitgestaltung. Dabei versuchen die Mitarbeitenden auf individuelle Interessen und Ideen einzugehen.
➜ **Ansprechpartner Lukas Matzner**
Telefon: 0421/40 88 77 13
E-Mail: gubera@awo-bremen.de

Gia –
Gemeinsam aktiv im Ruhestand
Senior:innen und Begleiter:innen zusammenzubringen, die gemeinsam Kultur- oder Freizeitveranstaltungen besuchen, zu Veranstaltungen begleitet werden, einen Kaffee trinken oder einfach einen Spaziergang unternehmen wollen – das ist das Ziel dieses Projektes der AWO. Das Angebot richtet sich sowohl an Menschen, die andere ehrenamtlich unterstützen wollen oder die Begleitung suchen.
Nach Rücksprache können auch persönliche Termine im Gia-Büro (Am Wall) vereinbart werden.
➜ **Ansprechpartnerin Jana van Bassen**
Telefon: 0421/40 88 77 14
E-Mail: gia@awo-bremen.de

Zur Not!

Und wenn dir die Decke auf den Kopf zu fallen droht – die Seniorenhotline „Silbernetz“ kannst du täglich von 8.00 bis 24.00 Uhr anrufen:

0800/470 80 90

➜ **www.silbernetz.org**

Unsere geistig rüstig gebliebene Redaktion sucht
für unserer Zeitung ab sofort eine/n weitere/n

Mitarbeiter:in

(weiblich, männlich, divers)

Du solltest

» Lust am Schreiben, Zeichnen, Fotografieren, Diskutieren,
» eine Gewerkschaftliche Orientierung und
» das Herz auf der richtigen Seite haben.
» Toll wären Kenntnisse der plattdeutschen Sprache.

Gerade der letzte Punkt liegt uns auf der Seele. Unsere regelmäßige plattdeutsche Kolumne musste mit diesem Heft leider schon das zweite Mal ausfallen, da unser bisheriger Redakteur erkrankte. (Wir wünschen ihm alles Gute!)

Bewerbungen
ohne die üblichen Unterlagen formfrei an ➜ wir@aul-bremen.de

Wir freuen uns auf dich.
Die WIR-Redaktion

P. S. Auch ohne Kenntnisse der plattdeutschen Sprache –
wir suchen immer Verstärkung und freuen uns auf jede Zuschrift.

KURZ & KNAPP

GRATULATION

Jörg Wollenberg ist 85!

Die WIR-Redaktion gratuliert Jörg Wollenberg zum 85. Geburtstag. Jörg ist mit unserer Zeitung verbunden durch eine Reihe von Artikeln zu historischen Themen und durch seine Teilnahme an Seminaren, in denen er mit seinem tiefen und detailreichen Wissen stets weiterhalf.

Jörg erlebte als achtjähriges Kind in seinem Geburtsort Ahrensbök in Ostholstein das Ende des Todesmarsches der Insassen des KZ Fürstengrube. Dieses Erlebnis prägte seinen Werdegang und sein Engagement, wo auch immer er in seinem Leben tätig war: Als Gründungsmitglied der Gedenkstätte Ahrensbök zur Erinnerung an den Todesmarsch, als Mitglied der VVN-BdA und Gewerkschafter. Er war Leiter der Volkshochschulen in Bielefeld und Nürnberg und bis 2001 Professor für Weiterbildung in Bremen.

Sein Wirken in Bremen ist eng verbunden mit der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung. Dabei war ein besonderes Verdienst die Durchführung von ausführlichen Video-Interviews mit Arbeiterveteranen. Mit der Aufzeichnung ihrer Lebensgeschichten hat er der Nachwelt die Erfahrungen von Menschen erhalten, die noch in der Weimarer Zeit in unterschiedlichen politischen Parteien oder Gruppierungen aktiv waren und gegen den Faschismus gekämpft hatten.

Jörg, die WIR-Redaktion wünscht dir
noch viele gesunde und produktive Jahre!

Foto: Wikipedia

IMPRESSUM

Die Zeitung wird gefördert durch
EVG Bremen, GEW Bremen, IG Metall Bremen, NGG Bremen und ver.di Bremen.

Über weitere Mitarbeiter*innen würden wir uns freuen. Kritik und Anregungen sind uns immer willkommen.

HERAUSGEBER & KONTAKT
Arbeitskreis DGB-Senior*innen Bremen
c/o Gerd Bohling, DGB-Haus Bremen
Bahnhofsplatz 22-28 · 28195 Bremen
E-Mail: wir@aulbremen.de

V. I. S. D. P.
Jens Tanneberg · Tel. 0421 960 890
Bildungsvereinigung Arbeit und Leben (DGB/VHS) e. V. Bremen

REDAKTION
Wolfgang Bielenberg (GEW), Gerd Bohling, Udo Hannemann, Hugo Köser, Hermann Wilkening (IGM), Cornelia Förster-Bonomo, Wolfgang Schröder (NGG), Willi Derbogen, Marita Froese-Sarimun, Marlene Henrici, Traudel Kassel, Bernd Krause, Reiner Meissner, Margot Müller, Günther Wesemann, Manfred Weule, Brigitte Wilkening, Holger Zantopp (ver.di)

GESTALTUNG
Svenja Kerkhoff
handwerk – idee + design
www.handwerk-sk.de

DRUCK
WIRmachenDRUCK GmbH
www.wir-machen-druck.de

Frühere WIR-Ausgaben unter
➜ www.aulbremen.de/projekt/senior-innenzeitung-wir

DGB

1. MAI

GEMEINSAM ZUKUNFT GESTALTEN.

2022

DEMO
10.30 Uhr
ab Weserstadion

KUNDGEBUNG
12.00 Uhr
auf dem Domshof

Deutscher Gewerkschaftsbund

Wir *Älteren in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven*

Ausgabe 46 erscheint im September 2022

Frühere WIR-Ausgaben unter
→ www.aulbremen.de/projekt/senior-innenzeitung-wir